INFORMATIONEN FÜR ALLE MITGLIEDER DER TU BERLIN

AStAinfo 31

ALLGEMEINER STUDIERENDENAUSSCHUSS
TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN

NUMMER 31
OKTOBER 2016

Hauptsache: Kreuz abgeben!*

*Always look on the bright side of life!

Inhalt:

Debatte um Viertelparität
Ergebnisse der StuPa-Wahl
Studi Forderungen an den Senat
Friedenskongress an der TU
Chronik der Krise in der Türkei
Analyse des AfD-Bildungsprogramms

Was ist der AStA?

DER ALLGEMEINE STUDIERENDENAUSSCHUSS, KURZ ASTA, VERTRITT DIE STUDENTISCHEN INTERESSEN AN DER UNIVERSITÄT.

Vor allem hilft der AStA Studierenden dabei, sich zusammenzutun und ihre Rechte gegenüber der Hochschule und anderen Stellen durchzusetzen.

Der AStA führt die Geschäfte der verfassten Studierendenschaft, die ihn über das Studierendenparlament (StuPa) wählt. Die verfasste Studierendenschaft ist im Berliner Hochschulgesetz verankert. Sie wird von den Student*innen selbst finanziert über den Studierendenschaftsbeitrag von 9,10 Euro pro Semester. Dadurch kann der AStA sich viel unabhängiger für Studi-Interessen einsetzen als zum Beispiel Uni-finanzierte Studienberatungen oder parteinahe Studierendenorganisationen.

Intern ist der AStA TU Berlin durch Kollektive strukturiert, in denen Angestellte, Gewählte und andere Aktive auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Einen Großteil davon machen die themenbezogenen Referate aus. Diese bestehen in der Regel aus durch das StuPa benannten Referent*innen und anderen Freiwilligen. Daneben gibt es noch die Service-Kollektive des AStA wie Beratungen, Technikpool und Verwaltung.

Wenn du mehr wissen willst, schau dich doch etwas in diesem AStA-Info um, komm in den AStA-Räumen im TK-Gebäude vorbei oder beehre uns im Internet!

INHALT

Aktuelles

3 Ausblick: SAP-Umstelllung
4 Ergebnisse der StuPa-Wahlen
5 LAK-Forderungen an den neuen Senat
6 Streit um Viertelparität
7 Kommentar zu Viertelparität

Internationales

8 Türkei in der Krise
11 Abrüstung für Entwicklung

Bildungspolitik

12 Analyse des AfD-Bildungsprogrammes

Kultur

13 Einladung zum offenen Linken Jugendkongress
14 Rezension: Jan Karski „Mein Bericht an die Welt“
15 Rezension: Didier Eribon „Rückkehr nach Reims“

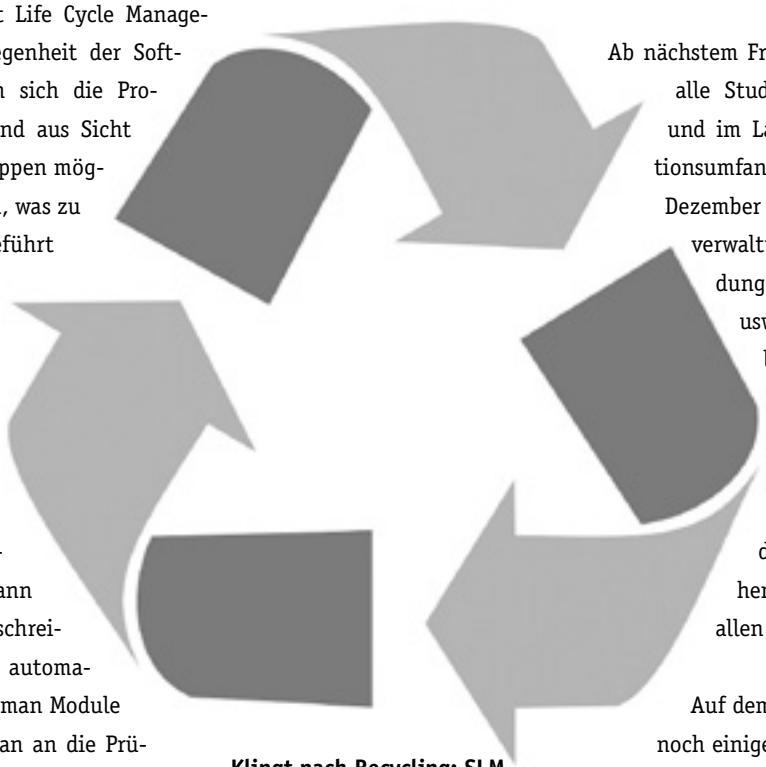
Vorsicht: Systemwechsel!

ANSTELLE VON ISIS, MOSES UND QUISPOS TRITT SAP
VON MAGDA (FREITAGSRUNDE)

Im November geht der Pilotbetrieb des SAP Campusmanagements im Bereich Prüfungen los. Studierende des Bachelors und Masters Physik sowie des Masters Historische Urbanistik melden dann ihre Prüfungen im Pflicht- und Wahlpflichtbereich nicht mehr bei QISPOS an, sondern im neuen SAP System. Wahlmodule werden im Prüfungsamt weiter mit gelben Zetteln angemeldet. MINT Grün Studierende und alle, die Module aus den Pilotstudiengängen als Wahlmodul belegen wollen, müssen ebenfalls noch mit Papier arbeiten.

Die Vorbereitungen dieser Umstellung laufen seit einigen Jahren. Leitlinien bei der Auswahl von SAP waren die Entscheidung für ein existierendes System (und damit gegen eine Open Source Entwicklung) und der Wunsch nach einem einheitlichen System für die Verwaltung. Damit fiel die Entscheidung auf ein System, das zwar international bewährt, aber für deutsche Universitäten noch relativ neu und ausbaubedürftig ist.

Gerade im Bereich Student Life Cycle Management (SLM) wurde die Gelegenheit der Softwareumstellung genutzt um sich die Prozesse genau anzuschauen und aus Sicht der verschiedenen Nutzergruppen möglichst gut nutzbar zu machen, was zu einigen Verbesserungen geführt hat. So kann man zum Beispiel einfach sehen bei wie vielen und welchen Module man in der Wiederholungsfrist ist. Bei Portfolioprüfungen können die Punkte der einzelnen Prüfungselemente eingetragen werden und die Note dann nach dem in der Modulbeschreibung hinterlegten Regeln automatisch berechnet werden. Hat man Module auf der Wunschliste, wird man an die Prüfungsanmeldung vor Ende der Frist erinnert. In Zukunft sollen alle Module der TU im Wahlbereich direkt über das System an- und abmeldbar sein. Nur dritte Prüfungsversuche werden weiterhin über das Prüfungsamt angemeldet. Dann ist dort der Anlauf aber hoffentlich deutlich geringer, so dass mehr Zeit für persönliche Beratung bleiben soll.



Klingt nach Recycling: SLM

Ein wichtiges Ziel war es die verschiedenen Komponenten der Prüfungsanmeldung und des Vorlesungsverzeichnisses und der Dienste von MOSES zu vereinen. So sind in Zukunft Modulbeschreibungen mit Lehrveranstaltungen verknüpft und die Tutorienanmeldung nur eine weitere Funktion im Portal und ohne separate Anmeldung nutzbar, ebenso wie ISIS. Das neue System soll dann anders als bisher auch rund um die Uhr erreichbar sein.

Der Pilot geht erst mal nur mit den Kernfunktionen an den Start. Einen ersten Eindruck des neuen Portals und der Apps kann man unter sapfioritrial.com bekommen. Das Design soll für die TU noch angepasst werden, der Pilotbetrieb startet jedoch zunächst mit dem Standarddesign. Für die Umstellung wird der aktuelle Stand aus QISPOS und der Moduldatenbank importiert. Natürlich wird das getestet und geprüft, trotzdem ist allen Betroffenen zu empfehlen sich vorher noch mal einen QISPOS-Auszug zu machen und mit dem neuen System abzugleichen, sowohl für die Noten als auch für angemeldeten Prüfungen. Wenn etwas nicht stimmt, sollte man sich an das Prüfungsamt wenden.

Ab nächstem Frühjahr soll das System für alle Studiengänge genutzt werden und im Laufe des Jahres der Funktionsumfang erweitert werden. Im Dezember kommt die Studierendenverwaltung (Bewerbung, Rückmeldung, Studienbescheinigungen usw.) dazu. Anfang 2018 sollen die restlichen Verwaltungsfunktionalitäten wie Buchhaltung und Personalverwaltung in SAP bereit stehen, so dass die TU Berlin ein weitgehend einheitliches System in allen Verwaltungsfragen hat.

Auf dem Weg dahin geht bestimmt noch einiges schief. In Dresden wurde 37.000 Studierenden die Exmatrikulation zugeschickt und in Aachen konnten drei Monate lang keine Rechnungen bezahlt werden. Wir sind gespannt welche Überraschungen wir noch erleben werden und ob das System am Ende die Erwartungen erfüllt. Bis dahin heißt es Nummer ziehen und abwarten.

Ergebniss der Wahlen zum Studierenden-Parlarment

Im vergangenen Semester fand die jährliche Wahl zum Studierendenparlament – kurz StuPa – der TU statt. Das Studierendenparlament vertritt die Studierendenschaft und wählt in dieser Funktion unter anderem die Referent*innen des AStA und Mitglieder verschiedenster Ausschüsse (Verkehrsausschuss für die Verhandlungen zum Semesterticket, Campus-Kultur u.v.m.).

Jede*r Studierende*r ist wahlberechtigt und kann ein Kreuz auf der Liste seines*ihres Vertrauens machen. Hierbei treten stets Listen verschiedener Studiengänge und Fakultäten, aber auch thematisch ausgerichtete Listen zur Wahl an.

Zur Wahl 2016 traten insgesamt 14 Listen an. Bei einer Wahlbeteiligung von ca. 8,5 % holte die gemeinsame Liste der Fachschaftsinitiativen EB104, Freitagsrunde, UTEX und den Materialisten wenig überraschend die meisten Sitze (17 von 60). Danach folgen die Listen des Fachschaftsteams, die Linke Liste, Liste „Für einen Dönerladen auf dem Campus“ – mit jeweils 7 Sitzen.

Neu dabei war die Liste der Fachschaftsinitiative BauInx, die zukünftig die Interessen der Studierenden des TIB-Campus im Wedding mit 5 StuPa-Sitzen vertreten wird, die Wahlliste des Café A, die ihren Schwerpunkt auf die Verteidigung der Campuskultur legen will, sowie die „Nachhaltige Hochschulgruppe“.

Die erste Sitzung des neuen StuPa, auf der auch der neue AStA gewählt werden soll, findet voraussichtlich Ende Oktober statt.

3. Abschaffung der Anwesenheitspflicht!

Der Zwang zur physischen Anwesenheit [bringt] keinen Gewinn für die Lehre – gute Lehre schafft es auch so, die Aufmerksamkeit Studierender auf sich zu ziehen. Ob Studierende den Lehrinhalt verstanden haben, zeigt sich in der Abschlussprüfung eines jeden Moduls. Woher das Wissen kommt, ist dabei egal.

8) Mieten wirklich bremsen! [...]

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Berlin ist für Studierende wie auch für andere [...] einkommensschwache Bevölkerungsgruppen ein großes Problem. In den vergangenen Jahren sind tausende Sozialwohnungen weggefallen und die gewinnorientierte Veräußerung öffentlicher Immobilien sowie Mietsteigerungen [...] treiben [...] die zukünftigen Mieten in die Höhe.

7) BAföG-Erhöhung

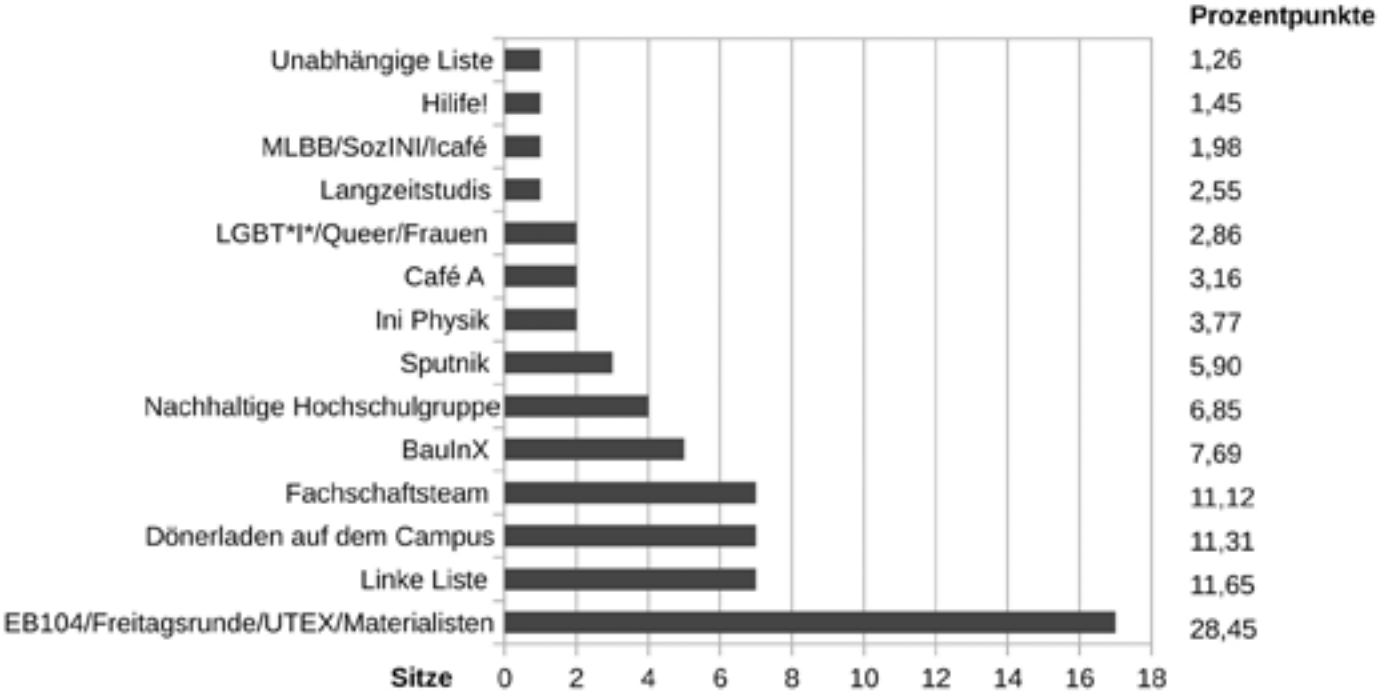
Mit der zum WiSe 2016/2017 in Kraft gesetzten BAföG-„Erhöhung“ wurde nicht einmal die Inflation ausgeglichen.[...] Des weiteren sollte das BAföG wieder Vollzuschuss werden, wie es bereits in den 70er und Anfang der 80er der Fall war.

21) Rückmeldegebühren, NC's und Eignungstests abschaffen! Keine Studiengebühren! Keine Kosten für Atteste!

Wir fordern [...] die Abschaffung genannter Hürden sowie auch weiterhin ein klares Nein des Berliner Senats zu Studiengebühren. [...] Zudem gehören die Studien- und Finanzierungsbedingungen vieler, teils unverhältnismäßig teurer weiterbildender Masterprogramme auf den Prüfstand!

13) [...] berlinweite Zivilklausel

[...] Wir fordern ein klares Bekenntnis zu ausschließlich ziviler Forschung – nicht zuletzt als Lehre aus der deutschen Geschichte.



Die Forderungen der Landesastenkonferenz an den neuen Senat

Nach den Berlin-Wahlen verhandeln die Parteispitzen von SPD, Linken und Grünen die Zielsetzung des nächsten Senats. Die Landesastenkonferenz (LAK), ein Zusammenschluss der Berliner Studierendenvertretungen, nahm diese Verhandlungen zum Anlass um einen Forderungskatalog an den neuen Senat aufzustellen.

Diesen Forderungskatalog drucken wir hier Auszugsweise ab, die komplette Version gibts im Netz auf: **lak-berlin.de**

18) Uni-assist abschaffen & Hochschulen für Geflüchtete öffnen

Für Studienbewerber*innen mit nicht deutscher Hochschulzugangsberechtigung führt der Weg [...] über Uni-assist, einen privaten Verein zur Prüfung und Bearbeitung von Studienbewerbungen. Dabei fallen zum einen Gebühren für jede Bewerbung an, zum anderen häufen sich Berichte über Fehler von Uni-assist, die für die Betroffenen zum unverschuldeten Scheitern ihrer Studienbewerbung führen können.

17) Mehr Diversity bei Professuren, Verzicht auf prekäre Beschäftigung & Befristungen an Hochschulen

Der Konkurrenzdruck auf die Hochschulen und deren zu knappe Mittel führen regelmäßig zu prekären Beschäftigungsbedingungen[...]. Wir als LAK Berlin fordern daher „gute Arbeit“ als neues Leistungskriterium im Rahmen der leistungsbasierten Mittelvergabe. [...] Außerdem müssen die Anstrengungen verstärkt werden, mehr Diversity bei Berufungen bzw. Professuren zu erreichen.

23) Neuer studentischer Tarifvertrag

[...] Der derzeit gültige Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte wurde vor [...] 14 Jahren geschlossen. Das Gehalt ist seitdem nicht gestiegen. Im Gegenteil.[...] Ein neuer studentischer Tarifvertrag sollte auch für das landeseigene Studierendenwerk gelten!

5) Arbeitszeitreduzierung & Ermöglichung eines selbstbestimmten und kritischen Studiums

Die aktuelle Debatte um eine Reformierung des Bachelor-/Master-Systems hat zutage gefördert, dass der Workload für Studierende an den Hochschulen ein Maß erreicht hat, welches einer freien, kritischen und erkenntnisorientierten Auseinandersetzung mit Lehrinhalten grundlegend zuwiderläuft. Studierende werden im gegenwärtigen Studiensystem dazu erzogen, Positionen unkritisch zu übernehmen und wiederzugeben, statt Dinge mündig und selbstbestimmt zu bewerten. Außerdem verschärft der hohe Workload die soziale Selektivität des Bildungssystems.

14) Ausfinanzierung des Grundbedarfs

Die Grundfinanzierung der Hochschulen muss auf ein Niveau gehoben werden, mit dem die Hochschulen arbeiten können. Regelungen im Rahmen der leistungsbasierten Mittelvergabe wie die, dass 25% der Förderung erst mit Abschluss in Regelstudienzeit vergeben werden, greifen unzulässig in in die Freiheit von Forschung und Lehre ein und gehören abgeschafft.

15) Tatsächliche Autonomie der Hochschulen

Durch ständig sinkende Finanzierung seitens des Landes ist eine finanzielle Abhängigkeit von Drittmittelgeber*innen entstanden, weshalb die Forschungs- und Lehrschwerpunkte an Berliner Universitäten zunehmend an wirtschaftlichen und industriellen Interessen ausgerichtet werden. [...] Eine zukünftige Berliner Koalition muss die Autonomie der Hochschule in diesem Sinne durch ausreichende, wettbewerbsunabhängige Finanzierung aus dem Berliner Haushalt wiederherstellen.

AStA TU Berlin

LAK- FORDERUNGEN

1) Abschaffung der Zwangsberatung bzw. der „besonderen Prüfungsberatung“
2) Alle Magister- und Diplomstudierenden sollen zu Ende studieren können!
3) Abschaffung der Anwesenheitspflicht
4) Abschaffung der Zwangsexmatrikulation bei „zu langsamem“ Studieren
5) Reduzierung des Workloads & Ermöglichung eines selbstbestimmten und kritischen Studiums
6) Wissenschaftliche Diversität & kritische Wissenschaft abseits des Wissenschaftsmainstreams

Soziale Forderungen der Studierenden:

7) BAföG-Erhöhung
8) Mieten wirklich bremsen! Keine Mieterhöhung bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften!
9) Ausbau von Mietzuschüssen

Forderungen zur Hochschulstruktur

10) Einführung der Viertelparität in akademischen Gremien
11) Demokratische Neuaushandlung der Hochschulakkreditierung
12) Verbot von externen Anwaltskanzleien für Hochschulen
13) Einführung einer berlinweiten Zivilklausel
14) Ausfinanzierung des Grundbedarfs der Berliner Hochschulen
15) Tatsächliche Autonomie der Hochschulen
16) Aushänge und öffentliche Flächen an Hochschulen an Bedürfnissen der Studierenden, nicht der Wirtschaft ausrichten!
17) Mehr Diversity bei Professuren, Verzicht auf prekäre Beschäftigung & Befristungen an Hochschulen
18) Uni-assist abschaffen & Hochschulen für Geflüchtete öffnen
19) Gegen Tierversuche! Für eine tierleidfreie Forschung!
20) Antirassismus, Barrierefreiheit und Inklusion
21) Rückmeldegebühren, NC's und Eignungstests abschaffen! Keine Studiengebühren! Keine Kosten für Atteste!
22) Open Source und Open Access fördern!
23) Neuer studentischer Tarifvertrag
24) Abschaffung der Erprobungsklausel
25) Datenschutz

Streit um Viertelparität geht weiter

Déjà-vu: 2013 beschloss der Erweiterte Akademische Senat (EAS) erstmals die Einführung der Viertelparität, der Beschluss wurde durch das Präsidium für rechtswidrig erklärt. Drei Jahre später wir der Beschluss erneuert – und durch eine fragwürdige Auslegung der Satzung erneut blockiert.

Seit langem kritisieren Studierende die absolute Mehrheit von Professor*innen in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung. Nicht nur an an der TU, sondern an fast allen deutschen Unis sind dort 50% plus ein Sitz per Satzung für sie reserviert. Der Rest geht zu gleichen Teilen an Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und sogenannte sonstige Mitarbeiter*innen.

Erstmals 2013 stellte ein Zusammenschluss von Mitgliedern aller Statusgruppen im EAS im Rahmen einer Änderung der Grundordnung (GO) der TU den Antrag auf Einführung der Viertelparität für das Gremium. Der EAS ist neben dem Beschluss der GO auch für die Wahl des TU-Präsidiums zuständig. Der Antrag wurde mit einer deutlichen Mehrheit angenommen, doch der damalige TU-Präsident Jörg Steinbach erklärte den Beschluss in seiner Funktion als Rechtsaufsicht der TU für ungültig. Unter Berufung auf den Berliner Staatssekretär für Wissenschaft, Knut Nevermann, teilte er mit, dass der Beschluss mit dem Berliner Hochschulgesetz sowie dem deutschen Grundgesetz unvereinbar sei.

Als die Diskussion über eine mögliche Viertelparität diese Jahr erneut aufflammte, kündigte der seit 2014 amtierende TU-Präsident Christian Thomsen an, anders als sein Vorgänger nicht einzugreifen. Es folgte eine rege Debatte an der sich alle hochschulpolitischen Fraktionen und Statusgruppen mit Stellungnahmen beteiligten. Der Akademisch Senat (AS) sprach Ende Juni eine Empfehlung an den EAS aus, die Viertelparität zu beschließen.

Anfang Juli stand die Änderung der GO und damit auch die Viertelparität dann erneut auf der Tagesordnung des EAS. In einer mehrere Stunden andauernden Diskussion wurden vor allem die schon bekannten Argumente wiederholt, allerdings spitzte sich der Ton zu. So wurde die Viertelparität als ideologisch bezeichnet und den Befürworter*innen vorgeworfen, sie wollen der Universität schaden. Ein Professor drohte gar mit dem Umzug eines Exzellenzclusters an eine andere Uni, sollte die Viertelparität Wirklichkeit werden.

§ 37(1) Hochschulrahmengesetz (HRG)

In nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Entscheidungsgremien verfügen die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer bei der Entscheidung in Angelegenheiten, die die Lehre mit Ausnahme der Bewertung der Lehre betreffen, mindestens über die Hälfte der Stimmen, in Angelegenheiten, die die Forschung, künstlerische Entwicklungsvorhaben oder die Berufung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern unmittelbar betreffen, über die Mehrheit der Stimmen.

Schließlich wurde der Antrag angenommen – diesmal mit nur einer Stimme Mehrheit, da sich die Kräfteverhältnisse im Gremium seit 2013 deutlich verändert hatten. Doch die Freude darüber währte nur kurz: Noch am selben Tag legte ein Mitglied des EAS Einspruch gegen den Beschluss ein. Die Begründung: Ein anderes Mitglied war bei der Sitzung als Zuschauer anwesend, sein Stimmrecht wurde jedoch durch einen Vertreter wahrgenommen. Dies stelle einen Verstoß gegen die Wahlordnung der TU dar. Nachdem der Vorstand sich nicht darauf einigen konnte, wie mit der Beschwerde umzugehen sei, bat man das Präsidium um rechtliche Prüfung. Dort stimmte man der Beschwerde zu und die Viertelparität war erneut vom Tisch.

Kritik gibt es nicht nur an der zugrunde liegenden Auslegung der Wahlordnung, die keineswegs eindeutig ist. Die Entscheidung widerspricht auch der bislang gängigen Praxis an der TU. Bislang war es üblich, dass gelistete Stellvertreter*innen jederzeit und ohne weitere Prüfung das Stimmrecht für gewählte Mitglieder ausüben können. Der Aufhebungsbeschluss könnte weitreichende Folgen für die gesamte akademische Selbstverwaltung haben. So wäre es in Zukunft möglich, durch absichtliches Abweichen von der Reihenfolge der Stellvertreter*innen für ein Mandat, jede Sitzung im Nachhinein für ungültig erklären zu lassen, sollte einem das Ergebnis nicht passen. Alternativ müssten zukünftig Ausweiskontrollen aller Besucher der in der Regel öffentlichen Sitzungen statt finden, um einen Verstoß auszuschließen. Und das nicht nur im EAS, sondern auch im AS sowie den Fakultäts- und Institutsräten.

Um sich auf das weitere Vorgehen in der Frage der Viertelparität zu verständigen wurde für Oktober eine gemeinsame Sitzung des EAS und des Kuratoriums anberaumt. Die Zustimmung des Kuratoriums, einem mehrheitlich mit TU-externen Personen besetzten Aufsichtsgremium, ist Bedingung für das Inkrafttreten einer GO-Änderung und damit eine weitere Hürde für die Befürworter*innen der Viertelparität.

§ 46(2) Berliner Hochschul Gesetz (BerlHG)

Die Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen müssen in allen Gremien mit Entscheidungsbefugnis in Angelegenheiten der Forschung, der künstlerischen Entwicklungsvorhaben, der Lehre und der Berufung von Hochschullehrern und Hochschullehrerinnen über die Mehrheit der Sitze und Stimmen verfügen.

Meine Freiheit? Ja. Deine Freiheit? Nein.

EIN KOMMENTAR ZUR DEBATTE UM DIE VIERTELPARITÄT *TEXT: LINKE LISTE*

In der Debatte um die Viertelparität hantieren die Autoritäten – wie immer wenn jemand etwas am Status Quo ändern möchte – mit dem ehrwürdigsten Begriff der deutschen Hochschulpolitik: Die verfassungsrechtliche Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre. Diese bedeutet in der zeitgenössischen Auslegung aber vor allem eines, nämlich den Professor*innen als alleinige Träger von Forschung und Lehre alle wesentlichen Entscheidungen zu überlassen. Das heißt aber in der Realität, dass die Mehrheit der an Lehre und Forschung beteiligten nur wenig über deren Ausgestaltung zu bestimmen haben. Ganz davon abgesehen, das die Studierenden gar nicht erst gefragt werden, was sie denn lernen wollen.

Größtenteils unwidersprochen hingenommen haben diese Autoritäten dagegen die sehr reale Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit durch die politischen Weichenstellungen der letzten zwei Jahrzehnte. Im Prozess der Rationalisierung der Universitäten wurde die Entscheidungsgewalt von Gremien der akademischen Selbstverwaltung hin zu den Präsidien und mit Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft besetzten Aufsichtsräten verschoben. Universitäten wurde die unabhängige Grundfinanzierung gestrichen und sie sind angewiesen auf Drittmittel aus Wirtschaft und staatlichen Förderprogrammen.

Gleichzeitig ist die Diskrepanz zwischen Anteil und Privileg von Professor*innen sogar größer geworden: Während die Zahl der Studierenden, als auch des Gesamtpersonals an der TU seit 2007 um ca. 20% gewachsen ist, ist die Anzahl der Profs nur um etwas mehr als 6% gestiegen. Neueinsteiger*innen in den Wissenschaftsbetrieb haben es schwer einen der begehrten Posten zu bekommen und Nonkonformismus auch in wissenschaftspolitischen Fragen ist der Karriere selten förderlich.

Die Frage, ob die Viertelparität gut oder schlecht für die TU Berlin sei, ist also falsch gestellt, denn sie blendet Machtverhältnisse innerhalb der Universität aus. Die Aufgabe der Universität und der beste Weg diese zu erfüllen werden dabei als gesetzt angenommen. Der heutige hochschulpolitische Kurs – Ausrichtung von Lehre und Forschung auf nationale und Kapitalinteressen, Intensivierung von Arbeits- und Studienzeiten, die Verstärkung der Konkurrenz auf allen Ebenen – sollen als irreversibel dargestellt und auch lokal an den einzelnen Hochschulen ungestört vollzogen werden.

Die Demokratisierung der Uni zu wollen, heißt auch auf der ursprünglichen Bedeutung des Begriffs als Einheit der Forschenden und Lehrenden zu beharren. Das dazu geeignete Prinzip ist das der Selbstverwaltung und nicht das der Gouvernance, welches das Problem der Gestaltung der Universität durch ihre Mitglieder durch eines der Regierung, der Kontrolle oder der Führung eines Unternehmen ersetzt. In diesem Sinne sind auch § 37(1) HRG und § 46(2) BerlHG zu hinterfragen, die die Professor*innenmehrheit gesetzlich festschreiben.

Aber auch realpolitisch bietet die Umsetzung der Viertelparität im EAS die Möglichkeit ein besseres Funktionieren der Universität im Sinne der nicht-professoralen Statusgruppen. So würde mit einer Viertelparität etwa ein Präsidium wählbar, dass seine Schwerpunkte auf langfristige Arbeitsverhältnisse und gute Arbeitsbedingungen, auf Studierbarkeit statt Leistungszwang und auf die Erhaltung von geistigen und materiellen Freiräumen statt auf Prestigeprojekte legt.

this is what „democracy“ looks like

Türkei am Abgrund

CHRONIK EINER AUTORITÄREN MACHTÜBERNAHME

TEXT: REFERAT FÜR BILDUNGSPOLITIK

Ein Blick 3 Jahre zurück: Breite gesellschaftliche Schichten begehren gegen eines der unzähligen Großprojekte der türkischen Regierungspartei AKP (Partei für Entwicklung und Fortschritt) unter dem damaligen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan auf. Es kommt zur der Besetzung des zentralen Istanbuler Gezi-Parks, zu Großdemonstrationen, bei Zusammenstößen mit der Polizei und im Umfeld der Demonstrationen kommt es zu 10 Todesopfern. Die Bebauung des Parks wird zunächst verhindert. Der unaufhaltsame Machtgewinn der AKP scheint damit vorerst gestoppt.

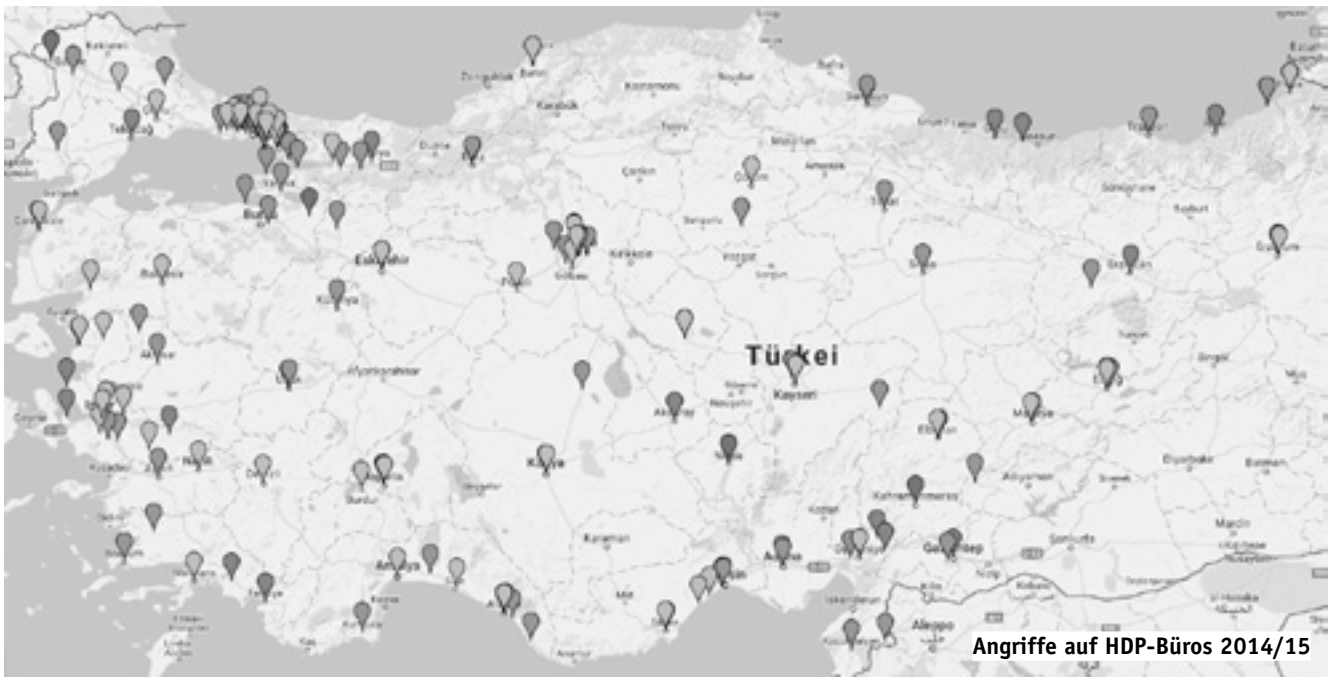
Mit dem Erstarken des Islamischen Staats (IS/Daesh) im syrischen Bürgerkrieg nahmen auch die Spannungen in der benachbarten Türkei zu. Türkische und kurdische Oppositionspolitiker*innen sowie Nichtregierungsorganisationen prangerten immer wieder die Unterstützung bzw. Tolerierung islamistischer Milizen und schlussendlich auch des IS durch türkische Behörden an. Während die Grenze zum kurdischen Teil Syriens während der Belagerung durch den Islamischen Staat im Herbst 2014 hermetisch abgeriegelt wurde, blieben die Grenzübergänge zum von Islamisten beherrschten Teil Syriens bis heute passierbar.

Gezi-Proteste 2013

Mit dem Vorrücken des IS im Nordirak und dem Völkermord an den Jesiden im August 2014, richteten sich die Augen der Welt wieder auf die destabilisierte Region. Letztlich verdanken viele Tausend Jesiden ihr Überleben einzig und allein dem Eingreifen von PKK-Einheiten. Einen Monat später folgte die Belagerung der syrisch-kurdischen Stadt Kobani. Volksverteidigungseinheiten unter Führung der YPG/YPJ, der syrischen Schwesterorganisation der PKK, konnten die Stadt verteidigen und die Islamisten vertreiben. Durch die internationale Unterstützung linker Gruppen begann der schwierige Wiederaufbau in den vom IS völlig zerstörten Gebieten. Hilfe von etablierten Hilfsorganisationen oder NGO blieb bislang aus, da ihnen die Türkei den Zugang verwehrt.

Krieg in Kurdistan

Die Verwicklungen des türkischen Staats in Aktivitäten des IS in der Türkei und die gleichzeitige Verweigerung der Unterstützung für fortschrittliche Kräfte zerrütteten die ohnehin schon brüchigen Friedensverhandlungen mit der kurdischen Guerilla. Zur Aufhebung der Waffenruhe führte schlussendlich der schwere Bombenanschlag auf eine Delegation linker Jugendlicher, die zum Aufbau nach Kobani reisen wollten. Dabei verloren über 30 junge Menschen ihr Leben. Der Anschlag wird zwar dem Islamischen Staat zugerechnet, durch das offensichtliche staatliche Desinteresse an der Aufklärung konnte dies aber nie bestätigt werden. In der für die kurdische Bevölkerung unerträglichen Situation erklärten auch einige Städte und Ortschaften in den kurdischen Gebieten der Türkei ihre Autonomie und begannen mit dem Aufbau selbstverwalteter Strukturen. Das Militär antwortete mit ungekannter Härte. Ganze Städte wurden durch Artillerie und Luftangriffe zerstört, Heckenschützen und Spezialeinheiten setzten den teils über Wochen verhängten Ausnahmezustand um.



Angriffe auf HDP-Büros 2014/15

Hunderttausende flohen vor den Kämpfen, viele Menschen starben, riesige Viertel, die als besonders rebellisch galten, wurden dem Erdboden gleich gemacht. Aus dieser Position heraus agiert der türkische Staat als Besatzer. Auf Angriffe und Vertreibung folgen staatliche Enteignung und der Wiederaufbau auf Grundlage von Plänen zur Aufstandsbekämpfung – die Zerschlagung einer über Jahrhunderte gewachsenen gesellschaftlichen Struktur.

Wissenschaftler*innen gegen den Krieg

Doch nicht nur im kurdischen Teil der Türkei geht der Staat immer repressiver gegen alle oppositionellen Aktivitäten vor. Zensur und Einschränkung bei der journalistischen Arbeit stehen an der Tagesordnung, Berufsverbote und die Schließungen von Medienhäusern folgen. Anfang 2016 sorgte ein eindringlicher Appell türkischer Akademiker*innen, die Friedensverhandlungen mit der PKK forderten, für internationales Aufsehen: Die türkischen Unterzeichner*innen des Aufrufs wurden Disziplinarverfahren vor dem nationalen Hochschulrat (YÖK) unterzogen, teils sogar verhaftet, ausgewiesen oder mit Berufsverboten belegt. Erdogan bezeichnete sie als „Vaterlandsverräter" und unterstellte ihnen terroristische Aktivitäten im Auftrag der PKK. Sedat Peker, bekanntes Mitglied eines ultrarechten Netzwerks, drohte: „ihr Blut wird literweise fließen" - für ihn bis heute folgenlos. Trotz der internationalen Solidarisierung Tausender Wissenschaftler*innen und wissenschaftlicher Institutionen, unter ihnen Judith Butler, Noam Chomsky aber auch der AStA der TU Berlin, weitete sich diese Verfolgung bis heute immer weiter aus und macht es unmöglich in der Türkei kritisch zu Forschen und zu Lehren.

Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse fanden diesen Sommer die Verhandlungen um den sogenannten Merkel-Erdogan-Deal statt.

Der Putsch vom 15. Juli und der Absturz in den nationalistischen Taumel

Vom 15. auf den 16. Juli besetzten Teile des türkischen Militärs wichtige Plätze und Straßen vorrangig in Ankara und Istanbul. Die Luftwaffe überflog Städte, Kampfhubschrauber griffen Regierungsgebäude, Polizeiwachen und das Hauptquartier des Inlandsgeheimdienstes (MIT) an. Im öffentlichen Fernsehen verlasen sie eine Erklärung für Frieden und die Entmachtung des Erdogan Regimes. Wenige Stunden später meldeten sich sowohl Ministerpräsident Yildirim als auch Präsident Erdogan ebenfalls über Fernsehsender zu Wort und kündigten die Niederschlagung des Putsches an. Im gesamten Land forderten sie die Menschen über Lautsprecher an den Moscheen auf, gegen den Putsch zu demonstrieren. Der Plan ging auf, vor allem die Anhänger der AKP und der faschistischen MHP folgten dem Appell. Die revoltierenden Soldaten wurden entwaffnet. Insgesamt starben etwa 300 Menschen, mehrere Tausend wurden verletzt. Schnell wurde die Hizmet-Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Gülen für den Putschversuch verantwortlich gemacht.

Was folgte war eine bis heute anhaltende, beispiellose Welle der Repression. Laut der Menschenrechtsorganisation medico international wurden innerhalb weniger Tage etwa 84.000 „Verräter" (Erdogan) aus Justiz, Militär, Bildungswesen und den Medien suspendiert oder verhaftet. Der Vorwurf, dass es bereits vor dem 15. Juli große Listen mit zu entfernenden Personen gab, wird noch durch einen weiteren Fakt unterstrichen. Unter den Verhafteten befanden sich auch viele Regierungskritiker*innen, die nicht mit der Hizmet-Bewegung in Verbindung standen. Es ist also davon auszugehen, dass dieses Vorgehen vielmehr dem Ausschalten von Kritiker*innen im Allgemeinen galt. Seit dem Putsch werden aber auch vermehrt Übergriffe marodierender islamistischer und nationalistischer Banden vermeldet: Frauen,

Die Stadt Sirnak (Südost-Türkei) nach den „Anti-Terror-Operationen“ der türkischen Armee

die »zu leicht bekleidet« sind, werden beschimpft und geschlagen, Jugendliche, die Alkohol trinken, bedroht und Stadtteile, in denen vorwiegend Angehörige der alevitischen Religionsgemeinschaft leben, angegriffen.

Auch die jüngsten Entwicklungen folgen einem bewährten Prinzip: Nach einem angeblichen islamistischen Anschlag auf Linke oder Kurden kündigt die Regierung ein hartes Durchgreifen gegen terroristische Organisationen an, gemeint sind der islamische Staat, die PKK und seit neuestem auch die Hizmet-Bewegung. Allerdings werden am Ende fast ausschließlich kurdisch-linke Organisationen bekämpft.

Nach dem schweren Bombenattentat auf eine kurdische Hochzeit in Gaziantep, einer Hochburg des IS in der Türkei, dringen Spezialkräfte des türkischen Militärs und Einheiten der „moderat-islamistischen“ Freien Syrischen Arme (FSA) in Gebiete des IS ein. Dieser zieht sich allerdings kampflos zurück. Was folgt sind Angriffe islamistischer Gruppen der FSA auf Gebiete, die von kurdischen Volksverteidigungskräften drei Wochen vorher vom islamischen Staat befreit wurden.

Auch das letzte traurige Beispiel zeigt. Es wird keinen Frieden in Syrien geben, wenn sich die Lage in der Türkei nicht stabilisiert. Das Rückgrat von IS und FSA bilden international tolerierte und von der Erdogan Regierung unterstützte Strukturen und Netzwerke in der Türkei. Was folgt ist der kontinuierliche Entzug der Lebensgrundlage der Bevölkerung und damit natürlich weitere Gründe zur Flucht vor dieser ausweglosen Situation.

Für uns Studierende an der TU ist eine Auseinandersetzung mit den Verhältnissen ebenfalls dringend erforderlich. Neben dem privaten Urlaubsplänen, kann eine weitere Zuspitzung ein Auslandsstudium in Zukunft unmöglich machen. Ebenfalls fraglich ist, ob eine freie wissenschaftliche Arbeit an der Deutsch-Türkischen Universität in Istanbul nach den großen Verhaftungswellen diesen Jahres weiterhin möglich ist. Es wäre neben dem Campus in Ägypten der zweite Außenstandort der TU in einem autoritär regierten Land. Die wissenschaftliche Kooperation mit solchen Regimen sollte an der TU nicht zur Normalität werden. Überdacht werden sollte ebenfalls ob die Ehrendoktorwürde für Ministerpräsident Yildirim trotz seiner wissenschaftlichen Leistungen das richtige Zeichen ist, wenn er gleichzeitig die Wiedereinführung der Todesstrafe fordert und die Entlassung kritischer Wissenschaftler*innen unterstützt.

Die sich festigende Hegemonie reaktionärer Kräfte in der Türkei bedroht eine ganze Reihe gesellschaftlicher Gruppen: Die türkische Linke, die Gewerkschaftsbewegung, LGBTI*, Alevit*innen und Kurd*innen. Wollen wir diese Gruppen unterstützen, so sollten wir das Vorgehen der türkischen, aber auch die Komplizenschaft der deutschen Regierung weiterhin scharf kritisieren.

Weiterführende Analysen und Reportagen finden ihr unter:

lowerclassmag.com (deutsch / englisch)
jacobinmag.com (englisch)
medico international (international tätige NGO)

*Lesbians, Gays, Bi-, Trans- and Intersexuals

Abrüstung für Entwicklung

DER WELTKONGRESS „DISARM! FOR A CLIMATE OF PEACE“ AN DER TU

Am ersten Oktoberwochenende fand an der TU der Weltkongress „Disarm! For a Climate of Peace“ des Internationalen Friedensbüros (IPB) statt. Über 800 TeilnehmerInnen und 200 ReferentInnen aus 80 Ländern diskutierten über globale Abrüstung und Umverteilung der finanziellen Ressourcen zugunsten der globalen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht. Im Plenarsaal des AStAs fand im Vorfeld des Kongresses ein „Youth Gathering“ statt mit ca. 50 Studierenden und jungen Menschen aus der ganzen Welt statt.

In einer Zeit weltweiter Aufrüstung, Modernisierung von Waffen, Krieg und Konfrontation setzte der Friedenskongress ein Aufbruchssignal für globale Abrüstung und Umverteilung der finanziellen Ressourcen zugunsten der globalen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht. „Jährlich werden 1,7 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben während fast eine Milliarde Menschen hungern; trotz weltweiter Armut, dramatischen Konsequenzen von Klimaveränderungen und fehlenden Zugängen zu Wasser und sanitären Einrichtungen“, kritisierten die Präsidenten des Internationalen Friedensbüros Reiner Braun und Ingeborg Breines.

Die KongressteilnehmerInnen thematisierten das Versagen der politischen Eliten, die globalen Herausforderungen zu bewältigen. Es ging aber auch um Alternativen und die Transformation hin zu einer Welt des Friedens und der Gerechtigkeit. Die Themen reichten von zivilem Widerstand über zivile Konfliktbewältigung bis hin zu einer Sprache des Friedens und Friedensjournalismus. ReferentInnen aus Nordirland und Kolumbien erzählten von den Friedensverhandlungen in ihren Ländern.

„Wir müssen die Parlamente überzeugen, sich für Abrüstung einzusetzen. Dafür ist öffentlicher Druck nötig. Wir als engagierte Politiker müssen den Menschen erklären, vor welcher Wahl sie stehen. Denn es ist ihr Geld, das für Waffen ausgegeben wird. Und wir müssen die Debatte anstoßen, ob uns nukleare Waffen tatsächlich mehr Sicherheit bringen – oder nicht doch weniger“, erklärte Saber Chowdhury, Präsident der Interparlamentarischen Union, bei der Kongresseröffnung.

„Wir müssen uns stärker bewusst machen, dass wir eine einzige Menschheitsfamilie sind. Es gibt keine politischen und sozialen Grenzen und Barrieren, die uns erlauben, uns zu isolieren, und aus ebendiesem Grund auch keinen Raum für die Globalisierung der Gleichgültigkeit“, zitierte Erzbischof Dr. Nikola Eterovic, Apostolischer Nuntius, Papst Franziskus in seinem Grußwort.

Das Youth Gathering brachte – dank der Unterstützung des AStAs der TU Berlin – junge Menschen mit unterschiedlichen Zugängen zur Friedensthematik zusammen und gab ihnen vor, nach und während des Kongresses Raum für Erfahrungsaustausch, Kennenlernen und politische Diskussion.

TeilnehmerInnen des Youth Gatherings „am nuklearen Abgrund“, einer der symbolischen Aktionen des Kongresses vor dem Reichstag.

So berichteten z.B. britische TeilnehmerInnen über Armeedienst von Minderjährigen in der Royal Air Force, ein Kolumbianer über den Friedensprozess und die aktuellen Geschehnisse im Land, deutsche TeilnehmerInnen über Rüstungsforschung und Zivilklausel und bosnische und mazedonische Studierende über Kriegserfahrungen und Versöhnungsprozesse im eigenen Land. Weitere Teilnehmende aus u.a. Nepal, Australien, USA, Argentinien, Ghana, Japan, Belgien, Dänemark, Frankreich brachten ihre Perspektiven, Kenntnisse und Erfahrungen ein.

Kernstück der gemeinsamen Arbeit des Wochenendes war die Verabschiedung einer Erklärung zu Demilitarisation and Youth, die zu einer Weltjugendkonferenz für Abrüstung und Demilitarisierung in 2018 aufruft. Die Erklärung ist eine Reflektion der Diskussionen des Wochenendes, welche nicht abgeschlossen, sondern gerade erst begonnen haben und 2018 in einem großen, internationalen Kongress weitergeführt werden sollen.

Die Veranstalter des Weltkongress, die Friedensnobelpreisträgerorganisation IPB, entwickelten in 7 Vorbereitungskonferenzen auf 5 Kontinenten eine Action Agenda, welche zum Abschluss des Kongresses vorgestellt wurde. „Ein nachhaltiges Zeichen für den Frieden“, fassten Teilnehmende das Wochenende zusammen, eines von dem hoffentlich noch viele folgen werden.

Alle Dokumente sowie Materialien des Kongresses sowie des Youth Gatherings befinden sich auf **www.ipb2016.berlin**.

Bildungspolitik aus den 50ern

EINE AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM BILDUNGSPOLITISCHEN PROGRAMM DER AFD

TEXT: REFERAT FÜR BILDUNGSPOLITIK

Nun ist es auch in Berlin passiert. Die rechte Partei „Alternative für Deutschland" ist aus dem Stand ins Abgeordnetenhaus eingezogen. Und jetzt müssen wir auch hier ihren nationalistisch-neoliberalen Unsinn ertragen. Dabei wird sie sich neben den Themen Flucht, Migration und Islam früher oder später auch in anderen Bereichen positionieren müssen. Neben sozialen Themen wie der Frage nach günstigem Wohnraum und sozialen Sicherungssystemen hält sie auch beim Thema Bildungspolitik einige Schweinereien bereit, denen wir konsequent widersprechen sollten.

In Berlin wird dieser Bereich vor allem von Mitgliedern der Jungen Alternativen (JA), der AfD-Jugendorganisation, deren Mitglieder zu großen Teilen selbst Studierende sind, sowie dem HU Professor Dr. Markus Egg dominiert. Unter dessen Regie entstanden unterschiedliche Thesenpapiere zu frühkindlicher Erziehung, Schule und beruflicher Ausbildung. Auch in den Berliner Wahlprogrammen der JA und der AfD finden sich Abschnitte zu diesen Themen.

Unter dem Titel „Stark durch Differenzierung" formuliert die Partei im Bundeswahlprogramm ihr zentrales Dogma selbst. Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Bildungseinrichtungen stehen im Mittelpunkt. Individuelle Förderung und Persönlichkeitsbildung bleiben hingegen auf der Strecke.

Wer darf lernen?

Neuere Schulkonzepte werden abgelehnt, Inklusionsbemühungen sollen eingestellt werden. Der Zugang zu universitärer Bildung soll durch Leistungssteigerungen in der Lehre und höhere Zugangsvoraussetzungen beschränkt werden. Offen wird über Studiengebühren nachgedacht. Klar ist, nur Menschen mit ausreichenden materiellen Voraussetzungen können diese Anforderungen erfüllen. Mit den Worten der Berliner Fraktion der Jungen Alternativen heißt das, dass „[…] jeder Mensch die Bildung bekommen soll, welche er benötigt […]" Wer welche Bildung benötigt entscheidet dann allerdings das Portemonnaie der Eltern und der Bedarf der Wirtschaft an neuen Fachkräften.

Was darf gelehrt werden?

Flankiert werden diese strikt neoliberalen Vorschläge mit dem Verweis auf die Freiheit der Wissenschaft mit besonderem Augenmerk auf politisch-ideologischer Freiheit. Unterstellt wird, dass ein Teil der Bildungsinhalte wie der Sexualkundeunterricht durch nicht näher beschriebene Lobbygruppen dominiert wird. Unliebsame Studienrichtungen wie Migrationsforschung und Geschlechterstudien werden als „pseudowissenschaftlich" diffamiert und ihre sofortige Abschaffung gefordert. Der bereits erwähnte Sexualkundeunterricht an Schulen soll auf ein Mindestmaß reduziert werden und die Aufklärung über Lebensmodelle und sexuelle Orientierungen abseits des traditionellen Familienbilds soll gänzlich verschwinden.

Hier tritt die Widersprüchlichkeit der Partei einmal mehr zu Tage. Die geforderte Ideologiefreiheit und weltanschauliche Neutralität bedeutet im Sinne der AfD vielmehr die Stärkung bzw. Übernahme eigener ideologischer Maximen. Zentrale Annahmen einer auf persönlicher Freiheit und Solidarität fußenden Gesellschaft sollen nicht vermittelt werden. Stattdessen werden überholte gesellschaftliche Vorstellungen der 50er Jahre bemüht. Hier treffen traditionelle Werte auf neoliberale Vorstellungen - eine überhaupt nicht überzeugende oder gar wünschenswerte Mischung.

Wie soll die Lehre gestaltet werden?

Besonders an den Universitäten ist der Wille aller Beteiligten groß, Forschung und Lehre selbst mitgestalten zu können. Das umfasst einerseits die Lerninhalte: So verpflichtete sich die TU Berlin auf Initiative ihrer Studierenden dazu keine militärisch relevante Forschung zu betreiben. Andererseits wirken Studierende in allen Gremien der Universität und im studentischen Personalrat, der die größte Gruppe von Angestellten der Universität vertritt, mit. Die Berliner AfD kündigte in ihrem Fachausschuss zur Bildungspolitik einen Rundumschlag gegen all diese studentischen Rechte an. Es ist selbstverständlich, dass wir Studierenden es nicht hinnehmen werden, wenn uns wichtige Mitbestimmungsrechte genommen werden sollen.

Allzu schnell wird sich das Problem nicht in Luft auflösen. Deshalb brauchen wir einen langen Atem und müssen einen offensiven Umgang mit dieser Partei der Ungleichheit finden. Wann immer solche Vorstellungen am Arbeitsplatz, im Klassenraum oder in Vorlesungen hervorgebracht werden, müssen wir ihnen selbstbewusst widersprechen und dürfen nicht einfach weg hören. Das ist mühsam, aber nicht unmöglich. Dazu gibt es auch keine Alternative.

Unterm Pflaster liegt...

*INTERVIEW MIT DEN ORGANISATOR*INNEN DES OFFENEN LINKEN JUGENDKONGRESSES (JUKO)*

Der Strand, die Sonne und ganz viel Abwechslung. Zeitgleich mit den kritischen Einführungswochen an den Berliner Universitäten HU, FU und in diesem Jahr auch der TU, lädt ein Bündnis aus linken Gruppen aus der Stadt zum „Offenen linken Jugendkongress" (kurz: JuKo) ein. Der Kongress findet vom 14. bis zum 16. Oktober im Jugendzentrum in der Schlossstraße 19 in Charlottenburg statt.

Aber was ist der JuKo genau? Bis wann ist man jugendlich und warum sollen wir unterm Pflaster nach neuen Ideen suchen? Wir sprachen mit Nina aus dem JuKo-Vorbereitungskreis.

AStA-Info: Stell dich doch mal kurz vor und sag uns, was der JuKo ist.

Nina: Hey und cool, dass ihr euch Zeit genommen habt! Ich bin Nina, 22 Jahre alt und studiere Maschinenbau an der TU. Beim JuKo bin ich dieses Jahr zum zweiten Mal dabei, das ist jetzt der vierte JuKo in Berlin. Wir sind ein Vorbereitungskreis bestehend aus Studierenden und Schüler*innen aus Berlin, einige sind schon seit vier Jahren dabei, andere wie ich erst mit der Zeit dazugekommen. Allgemein geht es uns beim JuKo darum möglichst viele Themen linker Politik von zum Beispiel Stadtguerilla über Pop-Feminismus, Antimilitarismus an der Uni und im Alltag bis hin zu Street Art zusammenzubringen. Dafür suchen wir uns Referent*innen, die Workshops zu den verschiedenen Themen gestalten. Das ganze findet dann an einem Wochenende im Herbst statt und soll die Möglichkeit geben, neue Leute kennenzulernen, sich zu vernetzen und einfach mehr von coolen Projekten zu erfahren. Begleitet werden wir dabei auch dieses Jahr wieder von einer veganen Kochgruppe, Food For Action. Uns ist vor allem wichtig, dass das alles kostenfrei für die Teilnehmenden ist: Die Workshops, das Essen, unser Abendprogramm und alle Mitmachangebote. Wenn Leute weiter weg wohnen, stellen wir auch Schlafplätze bereit.

AStA-Info: Alles klar, aber als Kongress für Jugendliche habt ihr ja schon eine etwas eingeschränkte Zielgruppe...

Nina: Na ja, der Name ist eher historisch bedingt. Wir haben die Idee einen JuKo in Berlin zu machen nämlich aus Hamburg und Bremen übernommen – letztendlich sind alle Menschen willkommen, die Lust auf linke Politik haben. Natürlich kommen auch viele Schüler*innen, aber wie ich im letzten Jahr sehen konnte, ist das Alter dabei gar nicht so wichtig. Wenn Leute sich für die gleichen Sachen interessieren, finden sie auch schnell zusammen; das passiert dann ganz unabhängig vom Alter. Wichtig für uns ist, dass ein Austausch auf Augenhöhe statt findet.

AStA-Info: Das klingt nach ganz schön viel Arbeit. Was ist eure Motivation dabei?

Nina: Ich kann jetzt erst mal nur für mich sprechen. Mein Studium spannt mich ziemlich ein und macht auch wirklich Spaß, aber ich wollte immer noch irgendwie etwas ganz anderes machen. Wenn ich mich in der Vorlesung umsehe und da immer noch so wenige andere Frauen* sind; wenn ich in den Nachrichten höre, dass Brandsätze auf Flüchtlingsunterkünfte geworfen werden wie neulich erst in Buch und; wenn ich ständig auf der Straße passend zu den anstehenden Wahlen eklige menschenverachtende Propaganda von offiziellen Parteien sehe – dann habe ich das Bedürfnis mehr zu machen. Der JuKo zeigt mir dabei, dass ich nicht alleine bin und es viele Menschen gibt, die etwas machen wollen, aber oft einfach nicht wissen wie. Der Kongress soll den Leuten auch Angebote machen, sich gemeinsam zu organisieren. Außerdem macht es auch Spaß, etwas zusammen zu planen und dann zu gucken, wie es so wird... das wird sehr aufregend dieses Jahr zu sehen, ob alles so klappt, wie wir es uns überlegt haben.

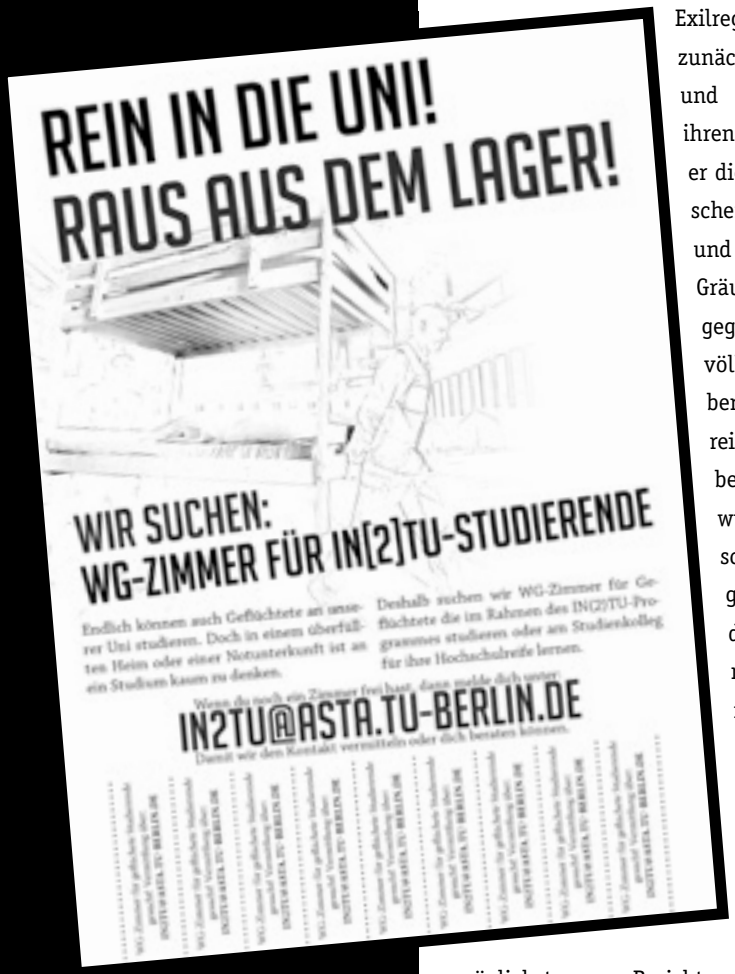
AStA-Info: Alles klar – dann vielen Dank und wir sehen uns beim JuKo!

Nina: Eines noch: Wir haben auch in diesem Jahr wieder einige Überraschungen vorbereitet. Für alle, die nicht nur Lust auf Workshops haben, findet außerdem am Freitagabend ein Konzert statt und am Samstag eine Party. Wir freuen uns euch zu sehen!

aBib – die alternative Bibliothek im AStA

Über tausend spannende Bücher und Zeitschriften aus dem Umfeld emanzipatorischer Politik findet ihr in der aBib in den Räumlichkeiten des AStA. Viele der Bücher sind in gewöhnlichen Bibliotheken und Buchläden schwierig aufzutreiben. Außerdem beherbergt die Bibliothek das umfangreiche AStA-Archiv – inklusive Flugblättern aus wilderen Tagen und AStA-Infos aus Zeiten, als diese Publikation mangels Internet noch wöchentlich erschien.

» **Öffnungszeiten und Online-Katalog: asta.tu-berlin.de/service/bibliothek**



BUCH-TIPP

Jan Karski: „Mein Bericht an die Welt“

EINE REZENSION

Jan Karski müsste eigentlich viel berühmter sein. Der Mann, der sein Leben unzählige Male riskiert hat und, den auch die Folter der Gestapo, die ihn sein Leben lang zeichnete, nicht von seinen Überzeugungen abbringen konnte, war einer der bekanntesten Kuriere der Polnischen Untergrundbewegung während der Besatzung durch die Nazis. Bereits vor Ende des zweiten Weltkriegs (1944) erschien sein Bericht in Romanform unter dem Titel „Story of a Secret State“ in den USA.

Jan Karski, der den Geburtsnamen Jan Kozielewski trug, war ein Zeitzeuge sonder gleichen. In seiner Position als offizieller Kurier des Untergrundstaats in Polen und der Exilregierung Polens, die zunächst in Frankreich und später in London ihren Sitz hatte, hatte er die Möglichkeit Menschen wie Roosevelt und Churchill von den Gräueltaten, vor allem gegen die jüdische Bevölkerung Polens, zu berichten. Als Kurier reiste er durch die besetzten Gebiete, wurde in das Warschauer Ghetto eingeschleust, musste das Morden in einem KZ mit eigenen Augen sehen und erlebte Dinge, die in ihrer Grausamkeit unglaublich erscheinen. Entsprechend seinem Auftrag, möglichst genau Bericht zu erstatten, erzählt er von seinen Missionen und Eindrücken aus dem besetzten Polen.

Leider folgte auf seine Berichte über das Warschauer Ghetto und die systematische Vernichtung von Millionen jüdischer Pol*innen, aber auch die Hinrichtung von (tatsächlichen und vermeintlichen) Wiederstandskämpfer*innen, nicht die erhoffte Unterstützung durch die Westmächte. Bereits 1942 machte Jan Karski den verzweifelten Kampf der Juden und Jüdinnen den Alliierten bekannt. Trotzdem ging das Leiden weiter und mit ihm der Kampf eines besetzten Staates um Autonomie.

Dieses Buch ist ein historisches Dokument, das eindrucksvoll die Geschichte eines besonderen Kuriers und seiner Wege durch eine Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft beschreibt. Jan Karski berichtet von einem Land, das schon so oft seine Unabhängigkeit verloren hat, dass es in stillem und lautem Protest geübt ist. Es entsteht das Bild von einem Untergrundstaat, der vieles möglich machen konnte und doch immer wieder machtlos einer deutschen Macht gegenüber stand, die mit grausamsten Methoden ihre Macht etablierte.

Ein Buch, das nur zu deutlich zeigt, wie schlimm Krieg ist. Und wie viel schlimmer noch, wenn er die Vernichtung anderer „Rassen“ zum Ziel hat. Ein Buch, das die Geschichten vieler tapferer Einzelpersonen erzählt, denen Jan Karski begegnet ist, und von denen viele einen grausamen Tod für ihre Ideale fanden.

Nie wieder Krieg! Nie wieder Deutschland!

Didier Eribon: „Rückkehr nach Reims“

EINE REZENSION

Didier Eribon, aufgewachsen in den einfachen Verhältnissen einer durchschnittlichen französischen Arbeiterfamilie, besucht nach dem Tod seines Vaters das erste mal nach langer Zeit seine Mutter in Reims, einer Industriestadt in Nordfrankreich.

Gequält von der Frage, wie es dazu kommen konnte, dass seine Familie die extrem rechte Partei Front National wählt, begibt er sich auf eine Zeitreise in seine Jugendjahre. Wie kam es dazu, dass er als einziger Familienangehöriger das Gymnasium besuchen konnte und später sogar studierte? Wie kam es, dass er sich als einflussreicher Journalist und Intellektueller behaupten konnte? Die Antwort scheint banal, stiftet aber gleichzeitig Verwirrung. Es war reiner Zufall. Er hätte sich, genau wie seine Familie oder sein früheres Umfeld, in einer Fabrik wiederfinden können. Eribon analysiert treffend, dass trotz seines sozialen Ausschlusses aufgrund seiner Homosexualität und sehr guter schulischer Leistungen noch lange keine Aufnahme in das Milieu der Intellektuellen und Bürgerlichen folgte. Am Ende war dieser Schritt nur möglich, indem er das Zugehörigkeitsgefühl zu seiner Klasse zunehmend leugnete.

Verschwunden ist es aber nie gänzlich. Der interessanteste Teil des Buches ist sicherlich die kritische Betrachtung seines eigenen Verhältnisses zu seinem Herkunftsmilieu. Obwohl er sich selbst als linker Intellektueller versteht, bemerkt er schnell wie wenig ihn mit dieser diffusen „Arbeiterklasse“ verbindet, ja, dass er eigentlich schon immer versuchte der Unterschicht zu entkommen. Selbstkritisch stellt er fest, dass die Mythologisierung und Mystifizierung dieses Milieus, aber auch die neoliberale Politik der sozialdemokratischen Parteien in Europa heute die drängendsten Probleme einer soziale Bewegung sind.

In seinen Ausführungen analysiert Eribon richtigerweise, dass aus einer gewissen Stellung innerhalb eines sozialen Gefüges und der Arbeitswelt eben noch kein fortschrittliches Klassenbewusstsein erwächst. Als beste Medizin gegen die Konstituierung als Gruppe anhand von Ethnien oder Nationalitäten sieht er das Aufgreifen sozialer Kämpfe, seien es Kämpfe um Arbeitsrechte, Wohnraum oder Gesundheitsversorgung.

Das trotzige „Eben nicht!“, dass er im Buch mehrfach gegenüber der „objektiven wissenschaftlichen Argumentation“ liberaler Soziologen wie Raymond Aron in Stellung bringt, ist sympathisch. Die Offenheit seiner Argumentation und die verständliche Sprachwahl machen dieses Buch zu einer echten Empfehlung.

Das AStA-Info

Das AStA-Info wird semesterweise herausgegeben vom Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der Technischen Universität Berlin, vertreten durch den*die Vorsitzende*n. Die Gestaltung erfolgt durch das Öffentlichkeitsreferat.

Die Artikel geben nicht zwingend die Meinung des AStA oder gar der ganzen Studierendenschaft wieder. Die Bildrechte verbleiben bei den Fotograf*innen.

Wenn ihr Artikel fürs nächste AStA-Info schreiben wollt, Anregungen oder Kritik habt, meldet euch beim Öffentlichkeitsreferat des AStA!

» **asta.tu-berlin.de/asta/oeffref**

Anschrift

» **AStA TU Berlin (Sekr. TK 2)**
Straße des 17. Juni 135
10623 Berlin

Web

» **presse@asta.tu-berlin.de**
» **astatu.berlin**
» **twitter.com/astatu**

Diese Ausgabe

» **Redaktionsschluss: Oktober 2016**
» **Drucklegung: 8.Oktober 2016**
» **Druck: Dreigroschen Druck**
» **Auflage: 3000 Stück**
» **Umsetzung: Öffentlichkeitsreferat**
» **Dank an: Magda, Jojo, Karlotta, Marcel, Philipp, Rico, Leo, Max, Benny, Patty und allen Anderen**

TERMINE
WINTERSEMESTER 2016/17

17. Oktober | 16 Uhr | AStA-TU
Vortrag: Kapitalismuskritik

17. Oktober | 19 Uhr | AStA-TU
Film: „Golden dawn - A personal affair"

18. Oktober | 16 Uhr | AStA-TU
kritischer Campusrundgang

18. Oktober | 18 Uhr | AStA-TU
Diskussion: Forschen für den Krieg - auch an der TU?

19. Oktober | 17 Uhr | AStA-TU
Entschleunigt Studieren - Wie du dich gegen den Leistungszwang an der Uni wehren kannst

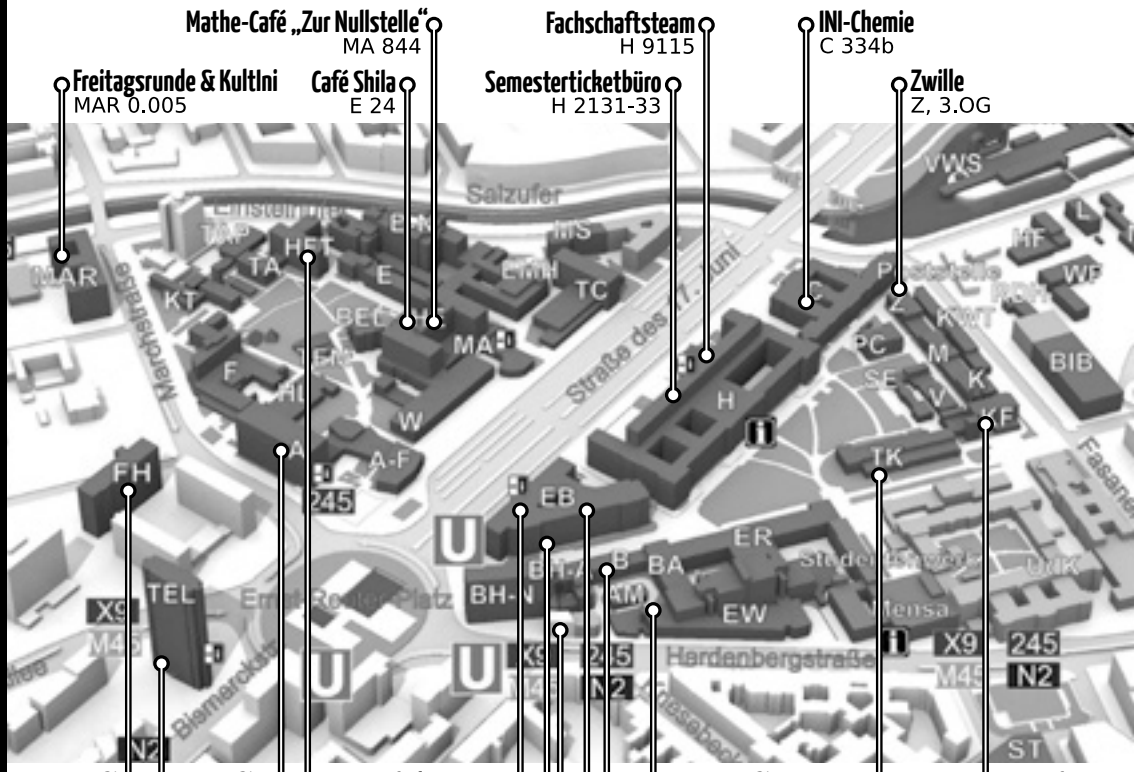
19. Oktober | 18 Uhr | AStA-TU
LinkeListe & Friends Grillabend

20. Oktober | 16 Uhr | H 0111
Vollversammlung und Wahl der 3 autonomen Referate für internationale Studierende, Frauen und Queers

20. Oktober | 16 Uhr | AStA-TU
Workshop: Kommunikationsguerilla

20. Oktober | 22 Uhr | Club Humboldthain
Freiräume erobern! Semsterauftakt-Soliparty

20. & 21. Oktober | Freiraum Hardenbergstr. 35
Moving Memories Festival



ASTA TU BERLIN

Straße des 17. Juni 135 • 10623 Berlin
TK-Gebäude • 3. Obergeschoss • Sekr. TK 2
Aktuelle Öffnungszeiten unter
asta.tu-berlin.de/service

Büro-Anlaufpunkt
+4930 314-25683 • **buero@asta.tu-berlin.de**

Finanzierung
• **finanzreferat@asta.tu-berlin.de**

Technikpool
+4930 314-29099 • **technikpool@asta.tu-berlin.de**

Bibliothek
bibliothek@asta.tu-berlin.de

Bafög- und Sozialberatung
+4930 314-27482 • **sozialberatung@asta.tu-berlin.de**

Hochschulberatung
+4930 314-23960 • **hochschulberatung@asta.tu-berlin.de**

Beratung für internationale Studierende
+4930 314-27482 • **stud-int@asta.tu-berlin.de**

Semesterticket-Büro
TU-Hauptgebäude, Räume H 2131-33
+4930 314-28038 • **asta.tu-berlin.de/semtix**

Immer aktuell: www.**astatu.berlin**
twitter.com/astatu | facebook.com/astatu.berlin